



Ohmstal | Podiumsveranstaltung der CVP Frauen Amt Willisau über familienergänzende Betreuungsformen

Tagesschule - Investition für morgen

Die Einführung von Tagesschulen. Über dieses Thema wurde am Samstagmorgen in der Mehrzweckhalle Ohmstal referiert und diskutiert. Dass dieses Thema aktuell und umstritten ist, zeigte sich am zahlreichen Erscheinen der Zuhörerinnen und Zuhörer.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Referate von Franziska Bischof-Jäggi, Geschäftsführerin einer Firma für Familienmanagement, sowie Peter Imgrüth vom Bildungsdepartement des Kantons Luzern.

Mehr Tagesschulen - mehr Kinder?

Im Mittelpunkt des Referats von Franziska Bischof-Jäggi stand die Sicht von «aussen», auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Realitäten, die das Leben der Familien prägen. Neben der markanten Alterung der Wohnbevölkerung werde ab 2015 aufgrund der niedrigen Geburtenziffer auch die Erwerbsbevölkerung rückläufig sein, sagte Franziska Bischof-Jäggi. «Um unsere Bevölkerung aufrecht zu halten, wäre eine Geburtenziffer von 2,1 Kinder pro Frau nötig.» Im Jahr 2002 habe diese bei den Schweizerinnen jedoch bloss 1,2 Kinder betragen. Die Familienmanagerin nannte auch einen Grund für diese Entwicklung: «Der Hauptgrund, auf Kinder zu verzichten, ist die Schwierigkeit, Beruf und Familie vereinbaren zu können.» Eine Schwierigkeit, welcher unter anderem mit der Einführung von Tagesschulen begegnet werden könnte.

«Wenn Kinder in einer Tagesschule sind, verbringen die Eltern zu wenig Zeit mit ihnen». Das sei ein oft gehörtes Argument gegen die Einführung von Tagesschulen. Dazu präsentierte Franziska Bischof-Jäggi zum Schluss ihres Referats das Ergebnis einer englischen Studie. Dieser zufolge wünsche sich bloss eine kleine Minderheit der Kinder, dass ihre Eltern mehr Zeit mit ihnen verbringen würden. Rund ein Drittel der Kinder wünschten sich hingegen weniger gestresste und müde Mütter und Väter. «Nicht die Quantität, sondern die Qualität der Eltern-Kind-Zeit ist also entscheidend», so Bischof-Jäggi. Und diese sei deutlich besser, wenn Eltern sich tagsüber neben ihrem Job nicht auch noch um die Kinder kümmern müssten.

Finnland garantiert allen Kindern Betreuungsplätze

Peter Imgrüth präsentierte in seinem Referat die

Sicht von «innen», das Verhältnis der Schulen zu familienergänzenden Betreuungsformen. Er ging auf den «Pisa-Schock» ein. Die Studie habe vor allem einen Hinweis betreffend der Leistungsfähigkeit unserer Schüler gegeben: «Es gelingt uns nicht, Schüler mit einer bildungsfernen und diejenigen mit einer bildungsnahen Herkunft auf die gleiche Stufe zu bringen», so Imgrüth. «Die Chancengleichheit in den Schweizer Schulen ist nicht gegeben.» Mit einem Blick nach Finnland, dem Sieger der Pisa-Studie, suchte Peter Imgrüth nach Lösungsansätzen. «Der finnische Staat garantiert jeder Familie, dass Kinder ab drei Jahren ganztägig betreut werden.» Die Tagesstruktur sei in finnischen Schulen normal. Und mit dieser steige auch die Chancengleichheit der Schüler.

«Schule mit Zukunft». So heisst ein Projekt des Bildungsdepartements, welches von Peter Imgrüth geleitet wird. In diesem Projekt sind fünf Entwicklungsziele für die Schulen festgelegt. «Eines dieser Ziele ist, die Träger der Volksschule dazu zu bewegen, familienergänzende Betreuungsangebote bereitzustellen», so Imgrüth. Ein Problem bei der Umsetzung ist die Kostenfrage. Kritisch beurteilte Imgrüth in diesem Zusammenhang das Verhalten vieler Akteure aus Wirtschaft und Politik. Aus beiden Bereichen komme immer wieder die Forderung nach einem flächendeckenden Angebot. «Aber vielfach sind das bloss Lippenbekenntnisse, denen keine Taten folgen.» Es gelte zu erkennen, dass Tagesschulen nicht einfach Kosten verursachen, sondern eine Investition seien. «Denn jeder Franken, der in Tagesschulen investiert wird, kommt drei- bis vierfach zurück», so Imgrüth.

Die Finanzierung im Mittelpunkt

Die anschliessende Podiumsdiskussion zum Thema «Tagesschule» wurde von Marie-Theres Habermacher, Dagmersellen, geleitet. Nebst den beiden Referenten beteiligten sich die Menznauer Grossrätin Marlis Roos, der Schötzer Grossrat Roland Vonarburg, der Ohmstaler Gemeindepräsident Beat Lichtsteiner sowie Werner Baltensperger und Armella Heller, Eltern eines Schülers der Tagesschule Ohmstal.

Im Verlauf der engagiert geführten Diskussion wurde vor allem eines klar: Wenn es um Tagesschulen geht, stehen in der Praxis nicht pädagogische Interessen, sondern die Kosten im

Mittelpunkt. Denn ganz gleich welches Thema angeschnitten wurde - das Gespräch kehrte immer wieder zu den Finanzen zurück.

Roland Vonarburg stellte die Finanzierung von familienergänzenden Angeboten gleich in seinem eröffnenden Statement in den Vordergrund. Diese dürften nicht auf Kosten der Allgemeinheit finanziert werden. «Es kann nicht sein, dass traditionelle Familien, die bewusst auf ein Einkommen verzichten, die steuerlich bereits benachteiligt sind und die ihre Verantwortung bei der Kindererziehung wahrnehmen auch noch die Kinderkrippen mitfinanzieren.» Diesem Argument widersprach Armella Heller vehement, unterstützt von einem Vater aus dem Publikum. Einkommensabhängig zu zahlen sei nicht gerecht. Denn «von einem der Löhne von Doppelverdienern bleibt Ende Monat nicht viel übrig». Dieser werde für zusätzliche Berufsauslagen sowie für die Bezahlung der Kinderbetreuung gebraucht - von welcher nichts von den Steuern abgezogen werden könne.

Auch für die Gemeinde Ohmstal als Betreiberin der einzigen Tagesschule im Amt Willisau sind die Kosten ein entscheidender Faktor. Gemeindepräsident Beat Lichtsteiner sieht momentan keine andere Lösung für die Finanzierung der Schule, als die Eltern zahlen zu lassen. Längerfristig sei es jedoch notwendig, dass Eltern unterstützt werden, die das Angebot sonst nicht bezahlen können. «Denn alle Kinder haben das Recht auf die gleiche Bildung», so Lichtsteiner.

Wer bezahlt das Schulgeld? Und wem kommen die Pro-Kopf-Beiträge des Kantons zugute? Diese Fragen gaben auch am Samstagmorgen zu reden. Peter Imgrüth klärte die momentane Regelung der Verteilung dieser Beiträge: Der Pro-Kopf-Beitrag von ungefähr 2500 Franken muss gemäss Regierungsratsentscheid von den Wohnsitzgemeinden der Eltern zwar an die Gemeinde mit dem Tagesschulangebot weitergeleitet werden. Damit ist jedoch nur ein Teil der Kosten der Tagesschule abgedeckt. Zum Schluss betonte Imgrüth nochmals, dass die Wirtschaft im Zusammenhang mit familienergänzenden Angeboten endlich Verantwortung übernehmen müsse. Schlussendlich kämen die Angebote der Wirtschaft zugute. Abgesehen davon könne der Staat «diese momentan schlichtweg nicht finanzieren».